

KAUFMANN/KAUFFRAU IM GESUNDHEITSWESEN

Thomas Künker · Daniela Paus

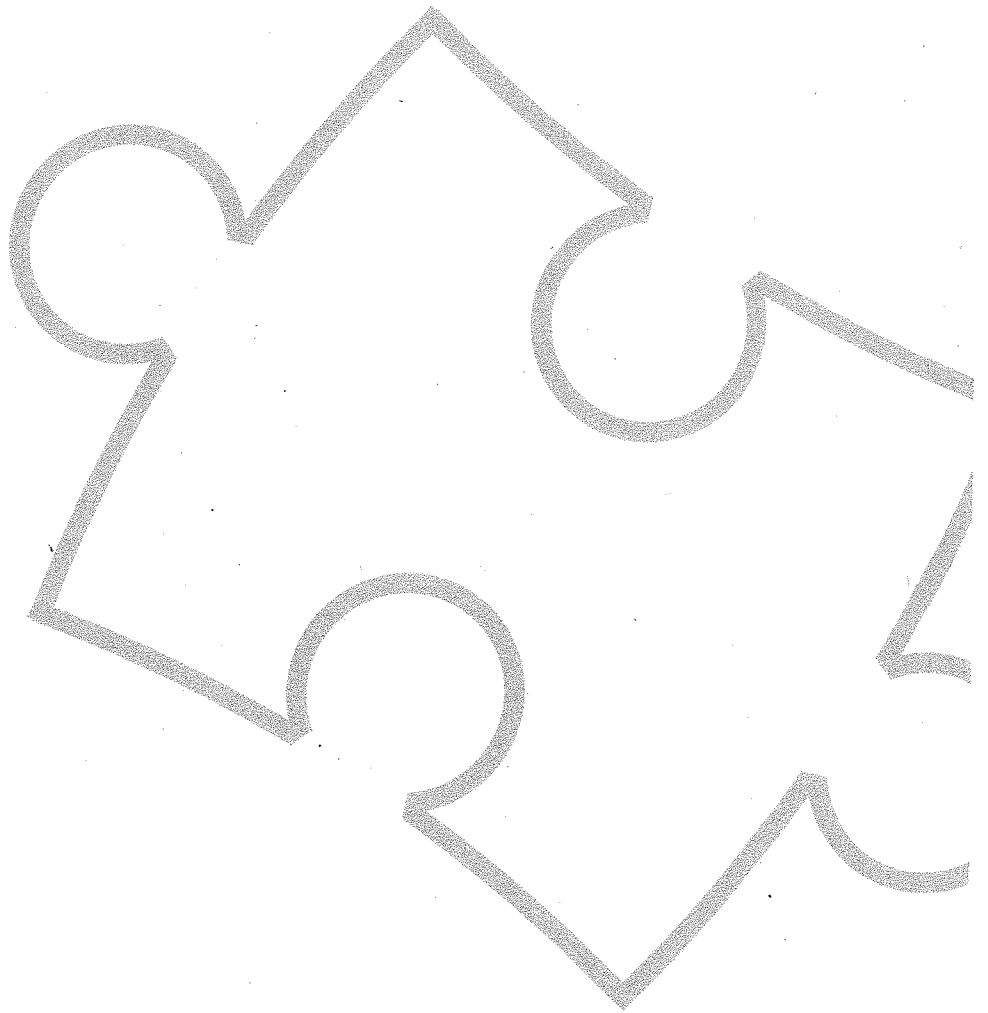
Lösungserläuterungen

Abschlussprüfung

Sommer 2024

75 Jahre

IHK-Partner



Best.-Nr. 3652S24

Bereich	Seite
1 Geschäfts- und Leistungsprozesse	
1.1 Ungebundene Aufgaben	
1. Aufgabe – 6. Aufgabe	5 – 6
7. Aufgabe – 9. Aufgabe	7
1.2 Gebundene Aufgaben	
1. Aufgabe – 5. Aufgabe	8
6. Aufgabe – 9. Aufgabe	9
10. Aufgabe – 14. Aufgabe	10
15. Aufgabe – 18. Aufgabe	11
19. Aufgabe – 23. Aufgabe	12
24. Aufgabe – 25. Aufgabe	13
26. Aufgabe – 27. Aufgabe	14
2 Wirtschafts- und Sozialkunde	
1. Aufgabe – 4. Aufgabe	15
5. Aufgabe – 8. Aufgabe	16
9. Aufgabe – 12. Aufgabe	17
13. Aufgabe – 17. Aufgabe	18
18. Aufgabe – 21. Aufgabe	19
22. Aufgabe – 26. Aufgabe	20
27. Aufgabe – 30. Aufgabe	21
3 Gesundheitswesen	
1. Aufgabe – 4. Aufgabe	22
5. Aufgabe – 10. Aufgabe	23
11. Aufgabe – 17. Aufgabe	24
18. Aufgabe – 21. Aufgabe	25
22. Aufgabe – 27. Aufgabe	26
28. Aufgabe – 31. Aufgabe	27
32. Aufgabe – 35. Aufgabe	28
36. Aufgabe	29

1. Aufgabe [6 Punkte]

3 aus den folgenden:

- Physiotherapie
- Psychotherapie
- Sporttherapie
- Elektrotherapie
- Ernährungsberatung

Hinweis: Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln und ärztliche Versorgung wurden ebenfalls als richtige Antworten gewertet, da die Frage nicht nach „therapeutischen“, sondern nach „medizinischen“ Leistungen gefragt hat.

2. Aufgabe [8 Punkte]

Die ambulante Rehabilitation ist eine Leistung ohne Übernachtung und findet (oft) wohnortnah statt. Sie ist für den Kostenträger im Regelfall die günstigere Variante.

Die stationäre Rehabilitation erfordert die Unterbringung des Patienten und findet häufig nicht in der Nähe des Wohnorts des Rehabilitanden statt. Sie ist die teurere Variante, die nur zum Zug kommen sollte, wenn eine ambulante Reha nicht möglich ist.

3. Aufgabe**3.1 [4 Punkte]**

Marktforschung ist die systematische Erhebung und Auswertung von Daten mit wissenschaftlichen Methoden zu einem bestimmten Zeitpunkt (Marktanalyse) oder über einen längeren Zeitraum (Marktbeobachtung).

3.2.1 [6 Punkte; 3 x 2 Punkte je Zielsetzung]

Beispiele:

- Analyse der Konkurrenzsituation, um die Marktsituation korrekt einschätzen zu können und auf Preisentwicklungen reagieren zu können.
- Erkennen von neuen Trends am Markt, um rechtzeitig mit passenden Dienstleistungen am Markt auftreten zu können.
- Analyse der Nachfragesituation (Selbstzahler / Kostenträger) um passende Angebote entwickeln zu können.

3.2.2 [6 Punkte; 2 x 3 Punkte je marketingpolitische Entscheidung]

Ansprache von Kostenträgern und Zuweisern, um auf das ambulante Angebot aufmerksam zu machen und mehr ambulante Rehabilitanden zugewiesen zu bekommen.

Kooperation mit anderen Leistungserbringern, um Synergieeffekte zu nutzen und gegenseitig Image- und Knowhow-Gewinne zu erzielen. (Sanitätshäuser...)

Entwicklung von Vorsorgemaßnahmen (Prävention) die teils über die Krankenkassen oder durch Selbstzahler gebucht werden können.

3.3 [6 Punkte]

- Leistungs- und Ausgabestatistiken der gesetzlichen Krankenkassen
- Informationen über (regionale) demographische Entwicklungen
- Kataloge, Flyer, Preislisten von Wettbewerbern
- Auslastungsstatistik der ambulanten Reha der Medical GmbH aus den letzten Jahren
- Informationen aus Patientenbefragungen und Feedbackbögen

3.4 [12 Punkte; 3 für Erklärung; 3x3 für Beispiele]

Primäre Marktforschung („Field-Research“) ist das erstmalige Erheben von neuen Daten.

Beispiele:

- Befragung von Patienten in Interviews oder mit Fragebögen.
- Beobachtung des Marktes („der Konkurrenz“) um aktuelle Entwicklungen aufzuspüren.
- Befragung von Zuweisern und Kostenträgern in Interviews oder mit Fragebögen, um deren Erwartungen bezüglich der Leistungen in Erfahrung zu bringen.
- Produkte/Dienstleistungen testweise auf den Markt zu bringen, um deren Akzeptanz in Erfahrung zu bringen.

4. Aufgabe [8 Punkte; 2x2 für Maßnahmen; 2x2 für Folgen]

Maßnahmen zur Virenabwehr:

- Firewall installieren
- Software mit Updates auf neuestem Stand halten
- Aktuelle Antiviren-Software installieren

Mögliche Folgen von Virenangriffen:

- Verlust von Daten/Datendiebstahl
- Beschädigung von Daten oder Software
- Manipulation von Daten
- Zugriff von Unberechtigten auf den Datenbestand
- Einnisten von Schadsoftware (Trojaner)

5. Aufgabe [4 Punkte; 2 für Entscheidung; 2 für Begründung]

Der Schutz von personenbezogenen Daten ist eine Maßnahme des Datenschutzes.

Die Verhinderung des Zugriffs von Dritten durch Zugriffsrechte oder Passwörter schützt die Daten vor unberechtigtem Zugriff.

6. Aufgabe [12 Punkte]

Hinweis: Rein vorbereitende Regeln/Maßnahmen werden nicht gewertet

6 Regeln:

- auf Privatsphäre achten (Videokonferenzen können auch von zu Hause aus erfolgen)
- Funktionen der Videosoftware nutzen (Chat, Handheben)
- nicht ohne vorherige Information Aufzeichnung der Videokonferenz anfertigen
- vorzugsweise Headset und nicht Computerlautsprecher und Mikro verwenden
- Mikrofon nur einschalten, wenn man selbst spricht
- störungsfreie Umgebung

7. Aufgabe [12 Punkte]

Hinweis: Die Aufzählung von allen möglichen formalen Inhalten eines Protokolls führt nicht zur vollen Punktzahl.

- Entscheidungen oder Folgemaßnahmen festhalten
- alle wesentlichen Inhalte erfassen
- Rahmenbedingungen aufzeichnen (Teilnehmer; Ort, Termin, Dauer, Verteiler)
- geforderte Protokollform beachten (Verlaufs-; Ergebnis-; Wortprotokoll)
- keine Wertungen einbringen
- sachlicher Schreibstil
- Protokoll nicht überfrachten aber auch nichts auslassen

8. Aufgabe [4 Punkte; 2 für Beurteilung; 2 für Begründung]

Beurteilung: Die Aussage ist unzulässig.

Begründung: Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz; Abgabe von Heilungsversprechen ist unzulässig

9. Aufgabe [12 Punkte; je 2 für Nennung der Maßnahme; je 4 für Beschreibung der Wirksamkeit]

Mögliche Maßnahmen:

- Tag der offenen Tür
- Werbung in der regionalen Tageszeitung
- Werbung im Regionalfernsehen

Ein Tag der offenen Tür spricht die breite Bevölkerung an und kann regional eine große Zahl von Interessierten erreichen.

Werbung in einer regionalen Tageszeitung spricht überwiegend die ältere Bevölkerung in einem größeren Umkreis an und kann daher den gewünschten Zweck erreichen.

[andere Maßnahmen mit anderen Begründungen sind gleichfalls vorstellbar]

1. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, es wird ein negativer Kritikpunkt an den Mind-Maps gesucht. Schnelles und effektives Arbeiten ist ein Vorteil.
- Zu 2: Falsch, auch das unkomplizierte Ergänzen um neue Gedanken ist ein Vorteil.
- Zu 3: Falsch, die schnellen Erweiterungsmöglichkeiten stellen einen Vorteil dar.
- Zu 4: **Richtig**, die unterschiedlichen Schlussfolgerungen aus den Schlüsselwörtern kann sich als Nachteil der Mind-Map herausstellen.
- Zu 5: Falsch, der schnellere Überblick den eine Mind-Map gewährt ist ein Vorteil.

2. Aufgabe

Abfolge der Arbeitsschritte:

- 1 Das Thema „Kundenberatung“ wird in die Mitte des Blattes geschrieben.
- 2 Jedes Teammitglied überlegt zunächst passende Stichpunkte.
- 3 Jedes Teammitglied richtet Äste ein und notiert darüber die Ideen.
- 4 Jedes Teammitglied lässt sich von den Ästen anregen und richtet weitere Äste und Zweige ein.
- 5 Die Mitglieder nehmen ihre Mind-Map als Ganzes wahr und vergleichen es mit den anderen Mind-Maps.
- Richtige Reihenfolge in der Prüfung: **4 – 1 – 2 – 5 – 3**

3. Aufgabe

Zieleinkaufspreis	100 %	
– 3 % Skonto	– 3 %	
= Bareinkaufspreis	= 97 %	2.619,00 €
100 % = x		
97 % = 2.619,00 €		
x = 2.619 * 100 / 97 =		2.700,00 €

4. Aufgabe

Listeneinkaufspreis	100 %	3.000,00 €
– Rabatt		
= Zieleinkaufspreis		2.700,00 €
Der Rabatt beträgt also 300 €.		
100 % = 3.000 €		
x % = 300 €		
x = 300 * 100 / 3000 =		10 %

5. Aufgabe

Bareinkaufspreis	2.619,00 €
+ Bezugskosten	51,00 €
= Bezugspreis	2.670,00 €
2.670 € / 200 Kanister =	13,35 €

6. Aufgabe

- Ein Kaufvertrag ist die Übergabe und Übereignung einer Sache gegen Bezahlung.
- Ein Leasingvertrag hat die Nutzungsüberlassung einer Sache gegen Entgelt zum Inhalt.
- Ein Pachtvertrag hat die Gebrauchsüberlassung einer Sache inklusive des Fruchtgenuss zum Inhalt. Der Fruchtgenuss entspricht der wirtschaftlichen Ausnutzung der Sache.
- Ein Werkvertrag hat das Erstellen eines Werkes (Erbringen einer Dienstleistung) zum Inhalt. Der Auftragnehmer schuldet den Erfolg, nicht nur die Bemühung um den Erfolg.
- Ein Leihvertrag hat die kostenlose Überlassung einer Sache zum Gegenstand.
- Richtige Reihenfolge in der Prüfung: **3 – 1 – 5 – 4**

7. Aufgabe

- Die Buchinventur erfasst alle Vermögensgegenstände, die nicht körperlich erfasst werden, sondern durch Unterlagen der Buchführung ermittelt werden (Bankkonten, Darlehen, Forderungen, Verbindlichkeiten).
- Die körperliche Inventur ist der klassische Vorgang der Mengenerfassung durch Zählen, Messen, Wiegen und Schätzen von Vermögensgegenständen (Vorräte, Anlagevermögen, Bargeld).
- Die Stichtagsinventur ist im Regelfall die Inventur zum Ende des Geschäftsjahres (häufig also am 31.12) in einem Zeitraum von 10 Tagen vor und 10 Tagen nach dem Stichtag. Alle Änderungen während des Zählintervalls müssen erfasst werden.
- Das Inventar ist das Ergebnis der Inventur. Es ist ein exaktes und sehr ausführliches Verzeichnis aller Vermögens- und Schuldenwerte des Unternehmens in Staffelform (Tabelle).
- Die Stichprobeninventur ist im Regelfall ein Kontrollinstrument zur Überprüfung der Bestände. Es wird ein Teil der Bestände tatsächlich gezählt und danach wird auf den Gesamtbestand hochgerechnet.
- Bei der permanenten Inventur werden die Bestände an unterschiedlichen Tagen während des Geschäftsjahres gezählt und der Bestand zum Stichtag wird durch Vor- und Rückrechnung ermittelt. Dies bedingt die ordnungsgemäße Führung eines Lagerbuches oder eines Warenwirtschaftsprogrammes.
- Richtige Reihenfolge in der Prüfung: **1 – 4 – 2 – 6 – 5 – 3**

8. Aufgabe

- Für die Buchung wurden **zwei** Lösungen als richtig akzeptiert.
- Lösung 1: (das ist die zu bevorzugende Lösung)
- Die Medical GmbH überweist die offene Rechnung über 150.000 €.
- Also ist die Buchung: Verbindlichkeiten an Bank
- Buchung in der Prüfung: **6 an 3**
- Lösung 2:
- Die Medical GmbH kauft das Fahrzeug und überweist direkt den Kaufpreis.
- Also ist die Buchung: Fuhrpark an Verbindlichkeiten
- Buchung in der Prüfung: **1 an 3**

9. Aufgabe

- Die Abschreibung wird mit der linearen Methode ermittelt. Der Zeitraum der Abschreibung im Jahr 2024 ist ein Jahr. Die in der Aufgabe nicht erwähnte Umsatzsteuer muss nicht berücksichtigt werden, da das Fahrzeug für das Krankenhaus erworben wird, welches nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist.
- Bilanzielle Abschreibung = Anschaffungskosten / steuerliche Nutzungsdauer
- = 150.000 € / 6 Jahre = **25.000 €**

10. Aufgabe

Die bilanzielle Abschreibung wurde bereits in Aufgabe 9 ermittelt.

Die kalkulatorische Abschreibung errechnet sich wie folgt:

Kalkulatorische Abschreibung = Wiederbeschaffungskosten / geschätzte Nutzungsdauer

Wiederbeschaffungskosten sind in der Aufgabenstellung nicht angegeben, daher greifen wir wieder auf die Anschaffungskosten zurück.

Kalkulatorische Abschreibung = $150.000 \text{ €} / 8 \text{ Jahre} = 18.750 \text{ €}$

Gefragt ist der Unterschied zwischen bilanzieller und kalkulatorischer Abschreibung,

also: $25.000 \text{ €} - 18.750 \text{ €} = 6.250 \text{ €}$

11. Aufgabe

Überweisung der Kfz-Steuer:

Kfz-Steuer an Bank

Buchung in der Prüfung: **6 an 2**

12. Aufgabe

Die Kfz-Steuer unterliegt grundsätzlich nicht der Umsatzsteuer, daher ist der Vorsteueranteil bei Geschäftsfall 2: 0 €

Lösung in der Prüfung: 0

13. Aufgabe

Rücklagen können auf verschiedenen Wegen entstehen. Es gibt Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen. Gewinnrücklagen entstehen, wenn der Betrieb aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder freiwillig einen Teil der Jahresgewinn im Betrieb behält und nicht an die Gesellschafter ausschüttet.

Eine Aktive Rechnungsabgrenzung ist zu bilden, wenn ein Aufwand im laufenden Jahr für das neue, kommende Jahr ganz oder teilweise im Voraus bezahlt wird.

Rückstellungen müssen für bestimmte Aufwendungen gebildet werden, deren sachliche Ursache im vergangenen Jahr liegen, die aber erst im neuen Jahr überwiesen werden. Die Höhe der Verbindlichkeit ist zum Jahresabschluss nicht bekannt.

Eine Passive Rechnungsabgrenzung ist zu bilden, wenn ein Ertrag bereits im laufenden Jahr eingenommen wird, obwohl er ganz oder teilweise in das neue Jahr gehört.

Sonstige Verbindlichkeiten sind zu bilden, wenn die Zahlung für einen Aufwand, der sachlich in das laufende Jahr gehört erst im nächsten Jahr geleistet wird.

Sonstige Forderungen sind zu bilden, wenn ein Ertrag erst im neuen Jahr vereinnahmt wird, obwohl er sachlich in das alte, abgelaufene Jahr gehört.

Lösung in der Prüfung: **6 - 2 - 1 - 5 - 3 - 4**

14. Aufgabe

Die prozentuale Bettenauslastung berechnet sich als:

Tatsächliche Belegungstage * 100 / Maximale Belegungstage =

Tatsächliche Belegungstage * 100 / (365 * Bettenanzahl)

Mit den Werten für 2022 ergibt sich: $141.942.000 * 100 / (365 * 502.749) = 77,35 \% = 77 \%$

15. Aufgabe

Verweildauer 2022 = 7,9 Tage; Verweildauer 2020 = 9,7 Tage

Verweildauer 2020 9,7 Tage = 100 %

Verweildauer 2022 7,9 Tage = x %

$x = 7,9 * 100 / 9,7 = 81,44 \%$

Der Rückgang der Verweildauer ist also $100 \% - 81,44 \% = 18,56 \%$

Lösung in der Prüfung: **4**

16. Aufgabe

Zu 1: Falsch, Angaben zum öffentlichen Nahverkehr gehören nicht in die Krankenhausstatistik.

Zu 2: Falsch, weder die Fläche noch die Lieferanten noch Details zur Bebauung zählen zur Krankenhausstatistik.

Zu 3: Falsch, weder Feuerwehreinsätze, Sanitätsdienste für Veranstaltungen, noch die Einwohnerzahl zählen zur Krankenhausstatistik.

Zu 4: **Richtig**, die Patientenzahl, die Anzahl der Betten und die durchschnittliche Verweildauer sind Bestandteile der Krankenhausstatistik. (Ein Blick in die Aufgabe 15 auf der Seite 5 der Prüfung ist ungemein hilfreich für diese Aufgabe...)

Zu 5: Falsch, weder Fluktuation noch Abwesenheitstage von Beschäftigten oder die Anzahl von Angehörigen sind Bestandteile der Krankenhausstatistik.

17. Aufgabe

Zu 1: Falsch, es müssen Beschäftigte des Krankenhauses sein, die über die erforderlichen Kenntnisse verfügen.

Zu 2: Falsch, ein Datenschutzbeauftragter muss aufgrund gesetzlicher Vorgaben bestellt werden. (Datenschutz-Grundverordnung)

Zu 3: **Richtig**, es besteht eine gesetzliche Pflicht für die Medical GmbH einen Datenschutzbeauftragten zu benennen.

Zu 4: Falsch, siehe Antwort 3.

Zu 5: Falsch, die Ernennung erfolgt durch den Arbeitgeber und nicht durch eine externe Instanz.

18. Aufgabe

Zu 1: Falsch, auch die private Verrechnungsstelle muss die Vorschriften des Datenschutzes beachten.

Zu 2: Falsch, es müssen die Erfordernisse des Datenschutzes und der Dokumentationspflicht beachtet werden.

Zu 3: Falsch, es bedarf der schriftlichen Einwilligung des Patienten.

Zu 4: Falsch, siehe Antwort 3.

Zu 5: **Richtig**, der Patient muss der Weitergabe seiner Daten an eine Verrechnungsstelle vor deren Weitergabe schriftlich zustimmen.

19. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, die Umschlagshäufigkeit ist kein Bestand, daher ist es rechnerisch nicht möglich sie von anderen Bestandszahlen abzuziehen.
- Zu 2: Falsch, die Lagerdauer ist eine zeitliche Angabe (...Tage), daher ist es rechnerisch sinnlos sie von Bestandszahlen (in Stück, kg oder €) abzuziehen.
- Zu 3: **Richtig**, der Verbrauch in einem bestimmten Zeitabschnitt wird mit dem Zusammenhang Anfangsbestand + Zugänge – Schlussbestand ermittelt. Die Berechnung kann wertmäßig in € oder mengenmäßig in Stück, kg... erfolgen.
- Zu 4: Falsch, der Verbrauch und der Wareneinsatz sind identische Größen, daher ist diese Formel sinnlos.
- Zu 5: Falsch, der Meldebestand ist für die Berechnung des Verbrauches nicht geeignet.

20. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, Lagerhöchstbestände und der Mindestbestand sind gewissermaßen entgegengesetzte Größen und haben keine Auswirkungen aufeinander.
- Zu 2: Falsch, Terminüberschreitungen kommen häufig durch mangelhafte Abläufe beim Lieferanten zustande. Ein Mindestbestand beim Kunden kann diese Terminüberschreitungen nicht beeinflussen.
- Zu 3: Falsch, saisonale Schwankungen (z. B. der Speiseeisabsatz in der Cafeteria) kommt durch spezielle saisonale Nachfrage zustande. Der Mindestbestand hat hiermit nichts zu tun.
- Zu 4: **Richtig**, ein Mindestbestand kann helfen Verbrauchsspitzen oder Lieferausfälle zu kompensieren und damit einen reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten.
- Zu 5: Falsch, Minderlieferungen liegen beim Lieferanten begründet, eine betriebliche Maßnahme beim Kunden kann diese nicht beeinflussen.

21. Aufgabe

Der Mindestbestand soll laut Aufgabenstellung den Verbrauch von 12 Tagen sichern.
Der Tagesverbrauch beträgt 25 Stück.
Mindestbestand = 12 Tage * 25 Stück/Tag = **300 Stück**

22. Aufgabe

Der Meldebestand wird mit folgender Formel ermittelt:
Meldebestand = Mindestbestand + (Tagesverbrauch * Lieferzeit)
Meldebestand = 300 Stück + (25 Stück * 8 Tage) = 300 Stück + 200 Stück = **500 Stück**

23. Aufgabe

- Die Umschlagshäufigkeit ist umgekehrt proportional zur Lagerdauer. Dies bedeutet, je geringer die Umschlagshäufigkeit, desto länger ist die Lagerdauer. Und umgekehrt.
- Verderb, Lagerisiko und Lagerkosten steigen mit zunehmender Lagerdauer.
- Zu 1: Falsch, eine geringe Umschlagshäufigkeit bedeutet eine längere Lagerdauer und damit ein höheres Verderbrisiko.
- Zu 2: Falsch, eine geringe Umschlagshäufigkeit bedeutet eine längere Lagerdauer und damit höhere Lagerkosten.
- Zu 3: **Richtig**, je kürzer ein Artikel gelagert wird, umso niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, dass der betreffende Artikel verdirbt oder „abläuft“.
- Zu 4: Falsch, eine hohe Umschlagshäufigkeit, bedeutet eine niedrige Lagerdauer und damit ein niedriges Lagerisiko.
- Zu 5: Falsch, die Lagerumschlagsgeschwindigkeit (=Umschlagshäufigkeit) hängt mit der Lagerdauer zusammen und beeinflusst damit die Lagerzinsen und das im Lager gebundene Kapital.

24. und 25. Aufgabe

Hinweis: Hierbei handelt es sich um ein anderes Beispiel als in der Prüfung. Dieses dient zum Verständnis.

Überblick über die Buchungen beim Erwerb von Anlagevermögen gefördert nach KHG (Einzelförderung)

Kauf eines CT-Gerätes für 200.000 € (brutto). Die Investition wird nach KHG in vollem Umfang gefördert.
1. Der Antrag auf Förderung über 200.000 € wird am 10.05. von der Regierung bewilligt.

Forderungen nach KHG (Einzelförderung)	Erträge aus Fördermitteln nach KHG	200.000 €
----------------------------------------	------------------------------------	-----------

2. Der Ertrag wird buchhalterisch am gleichen Tag neutralisiert (200.000 €).
(Sopo = Sonderposten)

Zuführung der Fördermittel nach KHG zu Sopo	Verbindlichkeiten nach KHG – noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel nach KHG	200.000 €
---------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

3. Fördermittel gehen am 20.06. auf dem Bankkonto ein (200.000 €).

Guthaben bei Kreditinstituten [Bank]	Forderungen nach KHG (Einzelförderung)	200.000 €
--------------------------------------	----------------------------------------	-----------

4. Kauf des CT am 10.07. (200.000 €) mit sofortiger Zahlung.

E+A	Guthaben bei Kreditinstituten (Bank)	200.000 €
-----	--------------------------------------	-----------

5. Gleichzeitige Umbuchung der Fördermittel.

Verbindlichkeiten nach KHG – noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel nach KHG	Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG (Einzelförderung)	200.000 €
--------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------	-----------

6. Abschreibung des CT am Jahresende (ND 10 Jahre; 6 Monate).

Abschreibungen auf AV gefördert nach KHG	E+A	10.000 €
------------------------------------------	-----	----------

7. Anteilige Auflösung des Sonderpostens am Jahresende (ND 10 Jahre; 6 Monate).

Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG (Einzelförderung)	Erträge aus Auflösung nach Sopo	10.000 €
-----------------------------------------------------------	---------------------------------	----------

24. Aufgabe

Buchung 1
Lösung in der Prüfung: **3 an 6**

25. Aufgabe

Buchung 3
Lösung in der Prüfung: **2 an 3**

26. Aufgabe

Benötigte Daten aus der Fallpauschalenkatalog (DRG B70C):

Bewertungsrelation:	1,166	Spalte 4
Mittlere Verweildauer:	7,3 → 7 (ganzzahlig gerundet)	Spalte 6
Relation bei Verlegung:	0,139	Spalte 11

Weitere Angaben:

Landesbasisfallwert	3.950,00 €
tatsächliche Verweildauer	4 Tage (18.05. – 22.05.)

Die tatsächliche Verweildauer (4 Tage) ist niedriger als die mittlere Verweildauer (7 Tage), daher werden Abschläge wegen Verlegung ermittelt.

DRG-Erlös vor Abzug der Abschläge

= Bewertungsrelation * Landesbasisfallwert
= 1,166 * 3.950,00 € = 4.605,70 €

= Relation bei Verlegung * Landesbasisfallwert
= 0,139 * 3.950,00 € = 549,05 €

Abschlag pro Verlegungstag

Anzahl der Abschlagstage

= Mittlere Verweildauer – tatsächliche Verweildauer
= 7 Tage – 4 Tage = 3 Tage

Gesamter Abschlag für 3 Tage

= Abschlag pro Verlegungstag * Zahl der Abschlagstage
= 549,05 € * 3 Tage = 1.647,15 €

DRG-Erlös mit Berücksichtigung der Abschläge:

= DRG-Erlös (vorher) – Abschläge
= 4.605,70 € - 1.647,15 € = **2.958,55 €**

27. Aufgabe

Benötigte Daten aus der Fallpauschalenkatalog (DRG B70C):

Pflegeerlös Bewertungsrelation/Tag:	1,2839	Spalte 14
-------------------------------------	--------	-----------

Weitere Angaben:

Pflegeentgeltwert	230,00 €
tatsächliche Verweildauer	4 Tage (18.05. – 22.05.)

Erlös pro Tag

= Pflegeerlös Bewertungsrelation * Pflegeentgeltwert
= 1,2839 * 230,00 € = 295,297 € = 295,30 €
(auf 2 Nachkommastellen runden!)

Pflegeerlös

= Pflegeerlös pro Tag * Verweildauer
= 295,30 * 4 Tage = **1.181,20 €**

1. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, die Suche nach dem günstigsten Anbieter entspricht dem Minimalprinzip.
Zu 2: Falsch, die Senkung der Treibstoffkosten entspricht dem Minimalprinzip.
Zu 3: **Richtig**, eine vorhandene Kapazität (Geräte, Personal) so einzusetzen, um möglichst viele Patienten zu behandeln entspricht dem Maximalprinzip.
Zu 4: Falsch, der geringstmögliche Werbeaufwand ist eine Anwendung des Minimalprinzips.
Zu 5: Falsch, gleichbleibende Auslastung ist weder das Minimal- noch das Maximalprinzip.

2. Aufgabe

Es ist eine Verschiebung der Nachfragekurve nach rechts zu sehen; dies entspricht einer Zunahme der Nachfrage.

Zu 1: Falsch, der Schnittpunkt der neuen Nachfragekurve mit der Angebotskurve ist bei einer höheren Menge als vorher.

Zu 2: **Richtig**, der neue Gleichgewichtspreis (P_{neu}) liegt oberhalb des alten Gleichgewichtspreises (P_{alt}).

Zu 3: Falsch, zum einen steigt die Nachfrage, zum anderen ist eine Reaktion der Anbieter nicht ablesbar.

Zu 4: Falsch, die Veränderung führt zu einem Verkäufermarkt. Ein Verkäufermarkt bevorzugt die Anbieterseite und tritt bei gestiegener Nachfrage auf.

Zu 5: Falsch, es ist niemals so, dass alle Marktteilnehmer den Marktpreis bezahlen wollen oder können.

3. Aufgabe

Zunächst muss die Tabelle aufgearbeitet werden:

Wir summieren die Nachfrage vom höchsten Preis (niedrigste Nachfrage) zum niedrigsten Preis (höchste Nachfrage).

Beim Angebot gehen wir anders vor. Hier gilt die Überlegung, dass das Angebot beim höchsten Preis am höchsten ausfällt und beim niedrigsten Preis am kleinsten ist. Wir summieren also in der anderen Richtung und beginnen beim niedrigsten Preis.

Als Ergebnis erhalten wir folgende Tabelle:

Preis	Nachfrage	Angebot
13,50 €	850 St. [Nachfrager 1 – 4]	250 St. [Anbieter 1]
16,00 €	700 St. [Nachfrager 2 – 4]	700 St. [Anbieter 1 – 2]
19,90 €	450 St. [Nachfrager 3 – 4]	1.050 St. [Anbieter 1 – 3]
21,00 €	100 St. [Nachfrager 4]	1.080 St. [Anbieter 1 – 4]

Der Gleichgewichtspreis liegt also bei **16,00 €**. Hier ist die angebotene Menge gleich der nachgefragten Menge (700 Stück).

4. Aufgabe

Zu 1: Falsch, bei einem Angebotsmonopol gibt es nur einen Anbieter.

Zu 2: Falsch, bei einem Nachfrageoligopol gibt es mehrere Nachfrager.

Zu 3: Falsch, ein Polypol hat auf beiden Seiten viele Marktteilnehmer.

Zu 4: **Richtig**, bei einem Angebotsoligopol stehen einige Anbieter einer großen Zahl von Nachfragern gegenüber.

Zu 5: Falsch, ein zweiseitiges Oligopol ist durch eine geringe Zahl von Teilnehmern auf beiden Seiten gekennzeichnet.

5. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, der Ausbau einer Produktart (ambulante Operationen) ist keine Substitution eines Produktionsfaktors.
- Zu 2: Falsch, eine Verbesserung eines Arbeitsablaufes ist keine Substitution eines Produktionsfaktors.
- Zu 3: Falsch, der Austausch von Anlagegütern ist keine Substitution eines Produktionsfaktors.
- Zu 4: **Richtig**, eine Substitution eines Produktionsfaktors liegt vor, wenn ein Produktionsfaktor, hier Arbeit, gegen einen anderen, hier Kapital, ausgetauscht wird. Bedenken Sie, dass mit dem Produktionsfaktor Kapital nicht Geld als solches, sondern Investitionen in Anlagen, Geräte oder Software gemeint ist.
- Zu 5: Falsch, der Ausbau eines Produktionsfaktors ist keine Substitution.

6. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, in Deutschland werden die Investitionen nicht von der Regierung gelenkt, sondern von den Unternehmen.
- Zu 2: **Richtig**, die Tarifautonomie, also das vom Staat unabhängige Aushandeln der Arbeitsbedingungen durch die Tarifpartner (Arbeitgeber, Gewerkschaften) ist ein typisches Merkmal unserer Wirtschaftsordnung.
- Zu 3: Falsch, es liegt keine Formfreiheit für alle Vertragsarten vor. Für manche Verträge gibt es konkrete Formvorschriften.
- Zu 4: Falsch, auch die Im- und Exporte werden nicht von der Regierung, sondern von den Unternehmen gelenkt.
- Zu 5: Falsch, zwar gibt es im Gesundheitswesen einen relativen Bereich staatlicher Planung, aber dieser ist zum einen dezentral und umfasst zum anderen nicht das gesamte Gesundheitswesen.

7. Aufgabe

Die Umsatzsteuer betrifft vorrangig die privaten Verbraucher, also die Konsumenten.

- Zu 1: Falsch, die Regierung wollte die Verbraucher entlasten und gleichzeitig die Nachfrage anregen. Das zweite Ziel wird durch Sparen nicht erreicht.
- Zu 2: Falsch, die Umsatzsteuer ist für die Betriebe, also auch für die Industrie ein durchlaufender Posten und hat nur sehr geringe Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft.
- Zu 3: **Richtig**, wenn die Preise sinken, könnten die Haushalte mehr konsumieren und über die erhöhte Nachfrage wird die Konjunktur angekurbelt.
- Zu 4: Falsch, Preissenkungen dämpfen die Nachfrage nicht.
- Zu 5: Falsch, die Umsatzsteuer hat keine direkten Auswirkungen auf das Zinsniveau und die Kreditvergabe.

8. Aufgabe

Diese Aufgabe ist die Fortsetzung von Aufgabe 7. Die Umsatzsteuer ist eine der beiden einkommensstärksten Steuern der staatlichen Haushalte. Eine Senkung des Steuersatzes hat direkte Auswirkungen auf Einnahmen des Staates.

- Zu 1: Falsch, die Umsatzsteuer erleichtert oder erschwert keine Kreditaufnahme. Außerdem ist bei dieser Antwort nicht klar, um welche Kreditaufnahme es überhaupt gehen könnte.
- Zu 2: Falsch, die Umsatzsteuer hat keine direkte Auswirkung auf den Beschäftigungsstand.
- Zu 3: **Richtig**, da die staatlichen Einnahmen durch die Umsatzsteuer sinken, muss der Staat bei gleich bleibenden Ausgaben die Kreditaufnahme erhöhen. Damit steigt die Staatsverschuldung.
- Zu 4: Falsch, die Umsatzsteuer ist für die Unternehmen lediglich ein durchlaufender Posten. Daher hat sie nur geringe Auswirkungen auf die Nachfrage nach Produktionsgütern.
- Zu 5: Falsch, der Export von Gütern ist von der Umsatzsteuer befreit. Daher sind keine Auswirkungen auf ihn durch eine Umsatzsteuersenkung zu erwarten.

9. Aufgabe

- Die Arbeitslosenquote misst den Beschäftigungsstand.
- Das reale Bruttoinlandsprodukt misst das Wirtschaftswachstum.
- Die Inflationsrate misst die Preissteigerung, also gibt sie Auskunft über die Stabilität des Preisniveaus.
- Der Außenbeitrag ermittelt den Unterschied zwischen Export und Import, also gibt er Auskunft über das außenwirtschaftliche Gleichgewicht.
- Richtige Lösung: 2 – 4 – 1 – 3

10. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, eine Erhöhung von Steuern entzieht den Haushalten und Betrieben finanziellen Spielraum. Sie werden weniger konsumieren und investieren, also sinkt die Nachfrage und das Wachstum sinkt.
- Zu 2: Falsch, siehe Antwort 1
- Zu 3: Falsch, eine Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen hat vergleichbare Auswirkungen wie eine Steuererhöhung. (Antwort 1)
- Zu 4: Falsch, auch die Maut wirkt wie eine Steuer.
- Zu 5: **Richtig**, eine Ausweitung der Investitionen führt zu Aufträgen für die Betriebe. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, Materialien und Investitionsgütern wird zunehmen und dadurch wird das Wirtschaftswachstum gefördert.

11. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, der Staat darf eine Behörde besser ausstatten und ein wirtschaftspolitisches Ziel zu erreichen.
- Zu 2: Falsch, der Staat darf Arbeitslose besser qualifizieren, um Ihre Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- Zu 3: **Richtig**, das ist die falsche Antwort. Der Staat darf nicht in Festlegung von Lohnsteigerungen eingreifen. („Tarifautonomie“)
- Zu 4: Falsch, der Staat darf seinen Einfluss bei Arbeitsgebern oder Arbeitnehmerverbänden geltend machen, um gute Lösungen anzuregen.
- Zu 5: Falsch, die Regierung (gemeinsam mit dem Bundestag) legt die Sozialversicherungsbeiträge fest.

12. Aufgabe

Wenn Sie nach „realen“ und „nominalen“ Größen in der Volkswirtschaft gefragt werden, dreht sich die richtige Lösung meistens um die Berücksichtigung der Preissteigerungen. („preisbereinigt“)

- Zu 1: Falsch, es kann größer oder kleiner wie das nominale Bruttoinlandsprodukt sein.
- Zu 2: Falsch, das reale BIP ist das nominale BIP, bereinigt um die Preiserhöhung.
- Zu 3: **Richtig**, Das reale BIP errechnet sich vereinfacht so:
Nominales BIP – Preiserhöhung = reales BIP
- Zu 4: Falsch, die Preiserhöhungen werden abgezogen, nicht addiert.
- Zu 5: Falsch, das BNE wird berechnet, indem vom Bruttoinlandsprodukt die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Das BNE hat also nichts mit der Frage der Preiserhöhungen zu tun.

13. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, wenn die Nachfrage höher als das Angebot ist, weist dies auf einen Aufschwung (Expansion) hin.
 Zu 2: Falsch, steigende Auslastungen der Betriebe weisen gleichfalls auf einen Aufschwung hin.
 Zu 3: Falsch, eine positive Stimmung in der Wirtschaft weist auf einen Aufschwung hin.
 Zu 4: **Richtig**, Das BIP misst das Wirtschaftswachstum. Sinkt also das BIP sind weniger Güter und Dienstleistungen hergestellt worden, daher schrumpft die Wirtschaft. Man spricht von einer Rezession (Abschwung).
 Zu 5: Falsch, steigende Steuereinnahmen weisen auf einen Aufschwung hin.

14. Aufgabe

Alle Einzelunternehmen, Personengesellschaften (OHG, KG) und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, UG) müssen im Handelsregister eingetragen werden.

Die richtige Antwort ist die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR: GdBR). Sie kann auch von Privatpersonen gegründet werden und entsteht formlos, daher ist keine Eintragung ins Handelsregister möglich.

Richtige Lösung: 3

15. Aufgabe

- Zu 1: **Richtig**, der HR-Eintrag ermöglicht die Erteilung von Prokura an die Mitarbeiter.
 Zu 2: Falsch, auch im HR eingetragene Unternehmen unterliegen der Steuerpflicht.
 Zu 3: Falsch, der HR-Eintrag verpflichtet zur doppelten Buchführung. Die vereinfachte Buchführung (Einnahmen-Überschuss-Rechnung) gibt es nur ohne HR-Eintragung.
 Zu 4: Falsch, der Abschluss privater Haftung ist für Personengesellschaften und Einzelunternehmen grundsätzlich nicht möglich.
 Zu 5: Falsch, der Abschluss von Verträgen mit ausländischen Unternehmen ist mit und ohne Registereintrag gleichermaßen möglich.

16. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, die (mittlerweile nicht mehr gültige) Gewinnverteilung der OHG lautete: „4 % auf die Einlage, der Rest im angemessenen Verhältnis“
 Zu 2: Falsch, alle Gesellschafter der OHG haften mit ihrem Privat- und Geschäftsvermögen.
 Zu 3: Falsch, die OHG hat kein Mindestkapital.
 Zu 4: Falsch, die kennt kein Grundkapital (→ AG), daher wird dieses auch nicht in das Handelsregister eingetragen.
 Zu 5: **Richtig**, alle Gesellschafter der OHG sind zur gleichberechtigten Vertretung der OHG und ihrer Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

17. Aufgabe

- Die einzige Rechtsform, die Gesellschafter mit unterschiedlicher Haftung kennt ist die Kommanditgesellschaft. Nur hier gibt es Vollhafter (Haftung mit Geschäfts- und Privatvermögen) und Teilhafter (Haftung nur mit Geschäftsvermögen).
 Zu 1: Falsch, bei der AG gibt es keine Vollhafter, zusätzlich ist ein Mindest-Grundkapital von 50.000 € vorgeschrieben.
 Zu 2: **Richtig**, bei der KG gibt es sowohl Voll- und Teilhafter und es gibt kein vorgeschriebenes Mindestkapital.
 Zu 3: Falsch, bei der GbR gibt es weder ein vorgeschriebenes Mindestkapital noch die Möglichkeit einer Teilhaftung.
 Zu 4: Falsch, bei der GmbH gibt es vorgeschriebenes Mindest-Stammkapital von 25.000 € und keine Möglichkeit der Vollhaftung.
 Zu 5: Falsch, bei der OHG gibt es keine Möglichkeit der Teilhaftung.

18. Aufgabe

Der Urlaubsanspruch von minderjährigen Arbeitnehmern und Auszubildenden steht im Jugendarbeitsschutzgesetz. Die Prüfungsanforderungen für einen Ausbildungsberuf sind der jeweiligen Ausbildungsordnung zu entnehmen. Auch die Ausbildungsdauer steht in der Ausbildungsordnung des Berufes.
 Die Lernziele des Berufsschulunterrichts finden sich im Rahmenlehrplan.
 Die Prüfungsteile der Zwischen- und Abschlussprüfungen sind in der Ausbildungsordnung festgelegt.
 Die Regelungen zur Verkürzung der Ausbildungszeit finden sich im Berufsbildungsgesetz.
 Richtige Reihenfolge: 1 – 2 – 2 – 3 – 2 – 4

19. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, der Ausbildungsrahmenplan gilt für alle Ausbildungsverhältnisse eines Berufes und enthält daher keine Absprachen zwischen einzelnen Betrieben und Auszubildenden.
 Zu 2: Falsch, auch die Ausbildungsordnung enthält keine Regelungen, die sich auf einzelne Ausbildungsverhältnisse beziehen.
 Zu 3: Falsch, die Prüfungsordnung gilt unterschiedslos für alle Auszubildenden.
 Zu 4: **Richtig**, der Berufsausbildungsvertrag kann spezielle Absprachen zwischen Betrieb und Auszubildenden enthalten. Dies gilt auch für die Festlegung von Lernorten.
 Zu 5: Falsch, der Rahmenlehrplan der Berufsschulen gilt für alle Auszubildenden, welche die Berufsschule besuchen.

20. Aufgabe

- Zu 1: **Richtig**, bei mehr als 5 Unterrichtsstunden (je 45 min.) ist der Auszubildende nicht mehr verpflichtet den Betrieb aufzusuchen.
 Zu 2: Falsch, nur wenn 5 Unterrichtsstunden überschritten werden ist keine Ausbildung im Betrieb mehr erforderlich.
 Zu 3: Falsch, nur bei weniger als 25 Stunden zu je 45 min. kann der Betrieb die Anwesenheit der Auszubildenden einfordern.
 Zu 4: **Richtig**, wenn die Berufsschule bis zu 5 Unterrichtsstunden andauert, kann der Betrieb verlangen, dass der Auszubildende die Arbeit im Betrieb aufnimmt.
 Zu 5: Falsch, bei Unterrichtsbeginn vor 09:00 Uhr muss der Auszubildende nicht den Betrieb aufsuchen.

*Hinweis: Die Antwort 1 wurde ebenfalls richtig gewertet. Unter der Annahme, dass es sich nicht um den ersten Berufsschultag handelt, ist diese Aussage korrekt. Antwort 4 ist aber zu bevorzugen, da diese eher dem allgemeinen Fall entspricht.

21. Aufgabe

Der § 61 legt fest, dass alle in § 60 genannten Arbeitnehmer für die JAV wahlberechtigt sind.

Dies sind folgende Arbeitnehmergruppen:

- alle jugendlichen Arbeitnehmer, also Arbeitnehmer die noch nicht 18 Jahre sind.
- alle Auszubildenden ohne Altersbeschränkung

8 jugendliche Arbeitnehmer + 14 Auszubildende (18 – 35) = 22 wahlberechtigte Arbeitnehmer

Richtige Antwort: 22

22. Aufgabe

(Lösung im abgebildeten § 64 (3))

- Zu 1: Falsch, auch Arbeitnehmer unter 25 Jahren können sich zur Wahl zur JAV stellen.
 Zu 2: Falsch, er kann sich zur Wahl stellen, solange er zum Zeitpunkt der Wahl die Altersgrenze nicht überschreitet.
 Zu 3: Falsch, seine Amtszeit endet mit Ablauf der Wahlperiode unabhängig von der Altersgrenze.
 Zu 4: **Richtig**, dies entspricht der gesetzlichen Regelung.
 Zu 5: Falsch, es sind mehrere Amtszeiten zulässig, solange die Altersbeschränkung beachtet wird.

23. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, die Agentur für Arbeit ist grundsätzlich nicht für die Übernahme von ärztlichen Behandlungskosten zuständig.
 Zu 2: Falsch, auch die Pflegekasse ist grundsätzlich nicht für die Übernahme von ärztlichen Behandlungskosten zuständig.
 Zu 3: **Richtig**, Es liegt ein Freizeitunfall vor, daher trägt die zuständige Krankenkasse die ärztlichen Behandlungskosten.
 Zu 4: Falsch, die gesetzliche Rentenversicherung übernimmt die Rehabilitationskosten für Arbeitnehmer, nicht aber die ärztlichen Behandlungskosten.
 Zu 5: Falsch, die Berufsgenossenschaften übernehmen die Behandlungskosten für Wege- und Arbeitsunfälle. Private Erledigungen in der Mittagspause unterliegen allerdings nicht dem Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

24. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, für den Arbeitnehmer günstigere abweichende Regelungen können Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsvertrag vereinbaren.
 Zu 2: **Richtig**, eine höhere Vergütung ist eindeutig eine günstigere Regelung für den Arbeitnehmer und darf daher im Arbeitsvertrag vereinbart werden.
 Zu 3: Falsch, es gibt keine Verpflichtung zu Haustarifverträgen. Darüber hinaus müsste dieser schriftlich niedergelegt werden.
 Zu 4: Falsch, es gibt keine Verpflichtung Tarifverträge als allgemeinverbindlich zu erklären. Dies geschieht auf Antrag.
 Zu 5: Falsch, notarielle Beurkundung wird nicht benötigt. Die Schriftform ist ausreichend.

25. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, die ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes hat Vorrang vor den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer.
 Zu 2: Falsch, das (erstmalige) Umstellen von Möbeln rechtfertigt keine Abmahnung. Darüber hinaus löst die Abmahnung das praktische Problem nicht.
 Zu 3: Falsch, neue Schreibtische ändern nichts an der Positionierung der Bildschirme.
 Zu 4: **Richtig**, die ergonomisch korrekte Aufstellung der Monitore wird wieder hergestellt.
 Zu 5: Falsch, größere Monitore ändern nichts am optischen Problem. Die Reflexionen sind auch auf größeren Bildschirmen.

26. Aufgabe

Das Warnzeichen für ätzend ist das (gelbe) Dreieck. Die beiden (blauen) Gebotszeichen weisen auf die Notwendigkeit von Schutzhandschuhen und Schutzbrille hin.

Richtige Lösung: 1

27. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, der Energieverbrauch erhöht sich hierdurch. Außerdem ist Strom im klassischen Sinn kein Material.
 Zu 2: Falsch, ein günstiger Anbieter ändert nichts am Verbrauch.
 Zu 3: Richtig, hierdurch wird das Material „Kopierpapier“ eingespart.
 Zu 4: Falsch, ein günstiger Anbieter mindert nicht den Verbrauch.
 Zu 5: Falsch, Mülltrennung reduziert nicht den Verbrauch des Ausgangsmaterials.

28. Aufgabe

Die Aussage ist zutreffend, da die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zum einen die Zahl der Pflegebedürftigen erhöht und zum anderen durch den Rückgang der jüngeren Alterskohorten zu einem Rückgang der Bewerber führt. Darüber hinaus werden auch mehr Arbeitskräfte im Pflegebereich verrentet werden, als neue Kräfte gewonnen werden können.

Richtige Antwort: 2

29. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, eine hohe Zahl eigener Auszubildender mildert eine hohe Fluktuation durch die Übernahme von Auszubildenden.
 Zu 2: Falsch, eine professionelle Dienstplanung wird die Zufriedenheit der Arbeitnehmer verbessern und damit die Fluktuation eher verringern.
 Zu 3: Falsch, auch ein gutes Betriebsklima verbessert die Zufriedenheit der Beschäftigten und wirkt einer hohen Fluktuation entgegen.
 Zu 4: **Richtig**, diese Faktoren erhöhen die Unsicherheit unter den Mitarbeitern und führen zu verstärkter Fluktuation durch Kündigungen.
 Zu 5: Falsch, Entwicklungsmöglichkeiten wirken einer hohen Fluktuation durch Karriereangebote an die Arbeitnehmer entgegen.

30. Aufgabe

Die Vorteile einer internen Stellenbesetzung sind das Mitarbeiter und dessen Leistung gut bekannt sind, dass den Mitarbeiter hierdurch Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet werden und die niedrigeren Kosten der Personalbeschaffung.

Die Vorteile einer externen Besetzung ist der Erwerb neuen Wissens und Know-Hows für den Betrieb. Nachtteil sind die höheren Kosten, der höhere organisatorische Aufwand und die notwendige längere Einarbeitung.

Die richtige Lösung ist also: 1 – 1 – 2 – 1 – 2 – 2

1. Aufgabe

Zu 1: Falsch, siehe 3.

Zu 2: Falsch, siehe 3.

Zu 3: **Richtig, Ambulante Rehabilitation:**

Der Patient begibt sich i.d.R. morgens in die behandelnde Einrichtung und verlässt diese nachmittags oder abends wieder. Ebenfalls möglich: Versorgung durch mobile Physiotherapeuten, die den Patienten zu Hause behandeln.

Zu 4: Falsch, siehe 3.

Zu 5: Falsch, siehe 3.

2. Aufgabe

Prävention:

hierbei wird unterschieden in

- Primäre Prävention \triangleq Prophylaxe, Verhütung bei bis dato gesunden Menschen \rightarrow damit eine Krankheit gar nicht erst entsteht, z. B. Impfungen, Ernährungskurse, Professionelle Zahnreinigung...
- Sekundäre Prävention \triangleq Früherkennung von Krankheiten, z. B. Checkups, U-Untersuchungen bei Kindern, Vorsorgeuntersuchungen bei Schwangeren
- Tertiäre Prävention \triangleq Verhinderung einer Krankheitsverschlechterung, z. B. med. Reha (fließender Übergang zum Begriff Rehabilitation)

Zu 1: Falsch, s.o. Tertiäre Prävention bzw. Reha

Zu 2: Falsch, s.o. keine Präventionsmaßnahme

Zu 3: Falsch, s.o. Behandlung einer akuten Erkrankung

Zu 4: Falsch, s.o. Reha

Zu 5: **Richtig**, die Influenza-Impfung ist eine **Schutzimpfung** und stellt somit eine Maßnahme der primären Prävention dar.

3. Aufgabe

Achtung, hier wird die **falsche** Aussage gesucht!

Zu 1: Falsch, Aussage stimmt!

Zu 2: Falsch, Aussage stimmt! Wenn das Krankengeld von der GKV bezahlt werden muss.

Zu 3: **Richtig**, krankheitsbedingte Fehlzeiten führen nicht automatisch unmittelbar zu einer Erhöhung der Fluktuationsrate!

Zu 4: Falsch, Aussage stimmt! Früherkennung beugt im Zweifel Krankheitsausbrüchen vor.

Zu 5: Falsch, Aussage stimmt! EFZG: 6 Wochen \rightarrow AG, danach GVK

4. Aufgabe

Zu 1: Falsch, siehe Grafik, sind höher!

Zu 2: Falsch, siehe Grafik

Zu 3: **Richtig**, 263,4 Mrd \triangleq 100 %, 3 Mrd. \triangleq 1,1 %

Zu 4: Falsch, siehe Grafik, werden gar nicht aufgeführt!

Zu 5: Falsch, siehe Grafik

5. Aufgabe

Angaben aus Grafik:

GKV-Gesamtausgaben: 263,4 Mrd. + 5 %

\rightarrow 5 %: 263,4 : 100 x 5 = 13,17 Mrd.

\rightarrow insges. für 2022: 263,4 + 13,17 = 276,57 Mrd.

Hilfsmittel: 9,8 Mrd. + 5 %

\rightarrow 5 %: 9,8 Mrd. : 100 x 5 = 0,49 Mrd.

\rightarrow insg. für 2022: 9,8 Mrd. + 0,49 Mrd. = 10,29 Mrd.

276,57 Mrd. \triangleq 100 %

10,29 Mrd. \triangleq x %

x = 10,29/276,57 x 100 %

x = 3,7 %

6. Aufgabe

Heilmittel:

Medizinische Behandlungsverfahren, die von nicht-medizinischen Therapeuten erbracht werden.
Bsp.: Krankengymnastik, Massage, Sprechtherapie...

Hilfsmittel:

Vom Patienten selbst benutzte Sachgüter, die im Einzelfall erforderlich sind, um den Erfolg der Krankenbehandlung zu sichern, einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder eine Behinderung auszugleichen, z.B. Hörhilfen, Körpersersatzstücke, orthopädische Hilfsmittel (vgl. § 33 SGB V)

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 2 - 1 - 1 - 2

7. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich die abgedruckte Grafik!

Daher: **richtige Antwort: 4**

8. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich die abgedruckte Grafik!

1,7 % (ambulant) \triangleq 100 %

3,8 % (ambulant) \triangleq x %

x = 3,8 % / 1,7 % x 100 %

x = 223,53 % und damit um 123,53 % gestiegen!

Daher: **richtige Antwort: 4**

9. Aufgabe

Zu 1: Falsch, nicht alle Arbeitnehmer

Zu 2: Falsch, nicht nur Sachleistungen, sondern auch Pflegegeld

Zu 3: **Richtig**, Pflegegrad abhängig vom Hilfsbedarf

Zu 4: Falsch, Arbeitnehmer sind nicht von der Beitragszahlung freigestellt

Zu 5: Falsch, nicht der Arzt, sondern der MD

Zu 6: Falsch, berechnet wird nach dem Bruttoeinkommen

10. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich die abgedruckte Grafik und den Grundsatz „Ambulant vor Stationär“!

Daher: **richtige Antwort: 4**

11. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich den abgedruckten Paragrafen!

Daher: **richtige Antwort: 4** (≙ Definition einer Tagespflegeeinrichtung nach § 41 SGB XI)

12. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich die abgedruckten Paragrafen!

Daher: **richtige Antworten: 1, 3 und 5.**

13. Aufgabe

Betrachte hierzu ausführlich den abgedruckten Paragrafen!

Daher: **richtige Antwort: 5**

14. Aufgabe

Ein Behandlungsvertrag wird zwischen

- dem Arzt und Patienten (ambulanter Bereich)
- dem Krankenhaus und dem Patienten (stationärer Bereich) abgeschlossen.

Der Behandlungsvertrag stellt ein mehrseitig verpflichtendes Rechtsgeschäft dar (vgl. hierzu § 630a BGB Vertrags-typische Pflichten beim Behandlungsvertrag).

Daher: **richtige Antwort: 4**

15. Aufgabe

Siehe hierzu die Erläuterungen zu Aufgabe 14!

Daher: **richtige Antwort: 1**

16. Aufgabe

Diatassistentin	Alle Fragen rund um Ernährung und gesundheitsbewusste Verpflegung
Logopäde/in	Fachkraft im Kontext von z. B. Sprech-, Stimm-, oder Hörbeeinträchtigung
Physiotherapeut	Beweglichkeit des Patienten erhalten, verbessern oder nach Krankheit/Unfall wieder herstellen
Geschäftsführer	„Manager im Gesundheitswesen“

Die **richtige Ziffernfolge** lautet daher: **5 – 4 – 7 – 6**

17. Aufgabe

Ein Gesundheits- und Krankenpfleger **helfer** unterstützt examinierte Pflegefachkräfte bei der Pflege von Patienten in der stationären und ambulanten Versorgung.

Die Ausbildung zum/-r Gesundheits- und Krankenpfleger/in dauert je nach Bundesland ein Jahr bis zwei Jahre.

Die **richtige Antwort** lautet daher: **4**

18. Aufgabe

Beruf	Typisches Tätigkeitsmerkmal
Apotheker	hauptsächlich Arzneimittelberatung, -herstellung, -abgabe
Gesundheits- und Krankenpfleger	pflegerisch tätig in Akutkrankenhäusern, in Arztpraxen, der Altenpflege, etc.
Kaufleute im GW	kaufmännische Tätigkeitsfelder z. B. Einkauf, Verkauf, Finanzbuchhaltung, in Gesundheitsbetrieben
Reinigungsfachkraft	Durchführung sämtlicher Reinigungsarbeiten
Koch	Zubereitung von Speisen
Physiotherapeuten	hauptsächlich im Bereich Rehabilitation tätig
MFA	Verwaltungs- und medizinische Aufgaben
MTA	diagnostisch-technische Aufgaben

Die **richtige Ziffernfolge** lautet daher: **8 – 1 – 5 – 2**

19. Aufgabe

§ 3 KHG Anwendungsbereich

Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf (...)

1. Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug,
2. Polizeikrankenhäuser,
3. Krankenhäuser der Träger der allgemeinen **Rentenversicherung** und, soweit die gesetzliche Unfallversicherung die Kosten trägt, Krankenhäuser der Träger der **gesetzlichen Unfallversicherung** (...)

Daher: **richtige Antworten: 1 und 5**

20. Aufgabe

Kostenträger	zuständig bei
Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)	gesetzlich versicherten Patienten
Gesetzliche Unfallversicherung (GUV)	Arbeitsunfällen, Wegeunfällen
Patient als Selbstzahler	privat Versicherten, Selbstzahlern
Sozialamt	im Kontext der Sozialhilfe, wenn die betreffende Person nicht kranken-versichert ist

Die **richtige Ziffernfolge** lautet daher: **4 – 1 – 3**

21. Aufgabe

Betriebliche Dokumentationsschritte vor der Abrechnung eines Patienten im DRG-System:

1. Relevante Persönliche Daten des Patienten in das IT-System eingeben
2. Versicherungsverhältnis des Patienten abklären und einpflegen
3. Aufnahme(n) einpflegen
4. OPS-Schlüssel einpflegen
5. Entlassdiagnose dokumentieren
6. Überleitung der Daten in den Grouper und Abrechnung der DRG-Pauschale starten

Die **richtige Ziffernfolge** lautet daher: **1 – 2 – 4 – 5 – 3**

22. Aufgabe

Abrechnungssystem	gilt für
EBM (Einheitlicher Bewertungsmaßstab)	die Abrechnung von ambulanten Leistungen für GKV-Versicherte
Einzelleistungsabrechnung mit der Berufsgenossenschaft	im Falle eines Arbeitsunfalles
Fallpauschale (DRG-System)	die Abrechnung in Akutkrankenhäusern
GOÄ (Gebührenordnung für Ärzte)	die Abrechnung von ambulanten Leistungen für privat Versicherte, Igel-Leistungen
Pflegesätze je Behandlungstag	Rehabilitationskliniken
Pflegesätze je Behandlungstag zusätzlich anteiliger Investitionskosten	die Berechnung des Heimentgeltes in stationären Pflegeeinrichtungen

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 2 – 3 – 1

23. Aufgabe

Da Frau Rentsch Arbeitnehmerin ist und der Unfall während ihrer Arbeitstätigkeit passiert ist, ist als Kostenträger für ihre Rehabilitationsmaßnahme die zuständige Berufsgenossenschaft zuständig.

Zu 1: Falsch, die bevorstehende Verrentung spielt hierbei keine Rolle

Zu 2: Falsch, diese Tatsache spielt keine Rolle

Zu 3: Falsch, dies kann man so pauschal nicht sagen

Zu 4: Richtig, s. o.

Zu 5: Falsch, siehe Antwortmöglichkeit 4

24. Aufgabe

Der Unfall passiert während ihrer Arbeitstätigkeit und wird damit als Arbeitsunfall eingestuft.

Daher: richtige Antwort: 4

25. Aufgabe

Der Case-Mix ergibt sich aus der Summe der Bewertungsrelationen (Relativgewichte) aller abgerechneten DRG-Fälle für einen bestimmten Zeitabschnitt.

Case Mix (CM) Gynäkologie = (17 Fälle x 3,285) + (6 Fälle x 1,450) + (14 Fälle x 1,193) = 81,247

26. Aufgabe

Case-Mix-Index (CMI) = (Case Mix)/Gesamtfallzahl

= 81,247 : 37 (≙ 17 + 6 + 14) (aus der Tabelle in der Situationsbeschreibung)

= 2,1958 = 2,196 (kaufmännisch gerundet)

27. Aufgabe

Vereinfacht lässt sich das Erlösbudget eines Krankenhauses folgendermaßen ermitteln:

Erlösbudget = Case-Mix x Landesbasisfallwert

Daher: richtige Antwort: 1

28. Aufgabe

Achtung, hier wird die falsche Aussage gesucht!

Das KTQ-Modell besteht aus folgenden Kategorien:

- Patientenorientierung
- Mitarbeiterorientierung
- Sicherheit -Risikomanagement
- Informationswesen
- Unternehmensführung
- QM

Daher: richtige Antwort: 4

29. Aufgabe

QM-Systeme im Kontext des Gesundheitswesens (Auswahl)

- KTQ (Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen) → Zertifizierung möglich
- EFQM (European Foundation for Quality Management)-Modell: die Anwendung des Modells war ursprünglich für die Selbsteinschätzung von Organisationen konzipiert worden, eine Zertifizierung im klassischen Sinne war zunächst nicht vorgesehen. Mittlerweile gibt es auch im EFQM-Auszeichnungsmöglichkeiten
- DIN EN ISO 15224:2017-5 (→ ist eine Erläuterung des QM-Systems der ISO 9001 für Organisationen der Gesundheitsversorgung) → Zertifizierung
- QEP (Qualität und Entwicklung in Praxen) ≙ QM-Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) → Zertifizierung möglich

Daher: richtige Antwort: 2

30. Aufgabe

Zu 1: Falsch, es gibt auch andere Zertifizierungssysteme, s. o.

Zu 2: Falsch, Maßnahme wäre wünschenswert

Zu 3: Falsch, s. u. 1.

Zu 4: Richtig, vgl. hierzu ausführlich § 135a SGB V Verpflichtung der Leistungserbringer zur Qualitätssicherung

Zu 5: Falsch, seit dem Jahr 2014 sind alle nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhäuser verpflichtet, jährlich einen strukturierten Qualitätsbericht zu erstellen (vgl. hierzu u.a. § 136 Abs. 1 Nr. 3 SGB V) und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

31. Aufgabe

Die einzelnen Schritte des KTQ-Bewertungsverfahrens sind:

- Vorbereitung, Durchführung und Abschluss der Selbstbewertung des Krankenhauses
- Anmeldung bei einer der KTQ-Zertifizierungsstellen
- Fremdbewertung durch KTQ-Visitoren
- Zertifizierung und Veröffentlichung des KTQ-Qualitätsberichts

Nebenbei: Gültigkeit des Zertifikates: 3 Jahre

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 3 – 6 – 2 – 5 – 1 – 4

32. Aufgabe

§ 136b SGB V

Beschlüsse des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Qualitätssicherung im Krankenhaus

- (1) Der Gemeinsame Bundesausschuss fasst für zugelassene Krankenhäuser grundsätzlich einheitlich für alle Patientinnen und Patienten auch Beschlüsse über (...)
2. einen Katalog planbarer Leistungen, bei denen die Qualität des Behandlungsergebnisses von der Menge der erbrachten Leistungen abhängig ist, sowie Mindestmengen für die jeweiligen Leistungen je Arzt oder Standort eines Krankenhauses (...)

Daher: richtige Antwort: 3

33. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, widerspricht dem „ständigen“ Bestreben nach Verbesserung
- Zu 2: **Richtig**, vgl. Beschreibung in der Angabe!
- Zu 3: Falsch, ... und Vorschläge **der Mitarbeiter**
- Zu 4: Richtig, passende Beschreibung des KVPs
- Zu 5: Falsch, s. Anmerkungen unter 1.
- Zu 6: Falsch, s. u. 4.

34. Aufgabe

Potenzielle Risikokategorien im Kontext des Risikomanagements	Beispiele:
Leistungswirtschaftliche Risiken	Beschaffungsengpässe bei bestimmten Arzneimitteln, Impfstoffen. ...
Marktrisiken	Änderung der Konkurrenz-/Wettbewerbsituation
Politisch-rechtliche Risiken	Änderung der aktuellen Gesetzeslage
Strategische Risiken	Langfristige Überlegungen werden nicht gemacht, Fokus nur auf kurzfristige Risiken
Technische Risiken	Mögliche Anfälligkeit der eingesetzten IT-Systeme im Unternehmen z. B. aufgrund veralteter Technologien
Träger Risiken	Zunehmender Imageschaden aufgrund sinkender Qualität und zunehmender Unzufriedenheit der Patienten/Angehörigen, schlecht „Mundpropaganda“

Daher: richtige Ziffernfolge: 2 – 1 – 4 – 3 – 6 – 5

35. Aufgabe

- Zu 1: Falsch, persönliche Abgabe ≠ anonym
- Zu 2: Falsch, persönliches Interview ≠ anonym
- Zu 3: Falsch, Unterschrift ≠ anonym
- Zu 4: Falsch, s. u. 2.
- Zu 5: **Richtig**, korrekte Beschreibung

36. Aufgabe

Achtung, hier wird die **falsche** Aussage gesucht!

Wichtige Ziele eines systematischen Beschwerdemanagements sind u.a.

- zukünftige Vermeidung von Fehlern/Beschwerden → Kosten zur Wiedergutmachung senken
- Qualitätsverbesserung
- Kundenzufriedenheit erhöhen/wiederherstellen
- neue Kunden gewinnen

Daher: **richtige Antwort: 4**